

„Sanktionen bei Hartz IV nicht mit demokratischen Werten vereinbar“

Aachen, den 17. April 2012

Aufgrund der in der letzten Woche hoch gekochten Debatte um die gestiegene Zahl von Sanktionen im SGB II und einer damit verbundenen Diskussion über Missbrauch von Sozialleistungen spricht sich die Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag für einen Stopp von Sanktionen aus. Im Einklang mit Wissenschaftlern und Vertretern von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Gewerkschaften versteht sie diese als Verstoß gegen die Grundrechte. Menschen weit unter das Existenzminimum zu drängen, ist mit demokratischen und sozialstaatlichen Werten nicht vereinbar. „Das war bereits Intention eines Antrags der Fraktion im letzten Jahr, der von den anderen Parteien aber abgelehnt wurde“, so Harald Siepmann, Vorsitzender der Linksfraktion im Städteregionstag. Als Druckmittel für die Annahme von prekären Beschäftigungen missbraucht, führen solche Sanktionen nicht dazu, Menschen in Arbeit zu vermitteln, von der sie eigenständig leben können.

In der Städteregion Aachen stieg die Quote der verhängten Leistungskürzungen im Vergleich zum Vorjahr deutlich an. 7.594 Sanktionen in 2011 bedeuten ein Plus von mehr als 30%. Die Sanktionsflut sagt wenig darüber aus, wie berechtigt die Bestrafungen in Wirklichkeit sind, denn die Zahl der erfolgreichen Klagen dagegen stieg gleichermaßen an und erreichte z.B. im Jahr 2010 60%. Die in den Medien so reißerisch verkündeten Zuwächse vermitteln auch wenig über die Gründe der vermehrten Sanktionen, die als Ergebnis interner Richtlinien der Jobcenter zur Kostensenkung interpretiert werden können. Die oftmals unreflektiert übernommenen Zahlen bestärken den falschen Eindruck krimineller Sozialschmarotzer. Dabei besteht die überwiegende Zahl der Vergehen (mehr als 60%) aus einfachen Meldeverstößen, unter die das Nicht-Wahrnehmen eines Termins oder die versäumte Rückmeldung im Jobcenter fallen (z. B. nach Ortsabwesenheit oder Aufnahme eines Jobs).

Für die Fraktion DIE LINKE ist es weiterhin unverständlich, dass im Jobcenter Aachen alleine 22 Mitarbeiter zur „Bekämpfung des Leistungsmissbrauchs“ zuständig sind. „Wir wollen nicht jedes fehlerhafte Verhalten von Leistungsbeziehern reinwaschen, aber es entsteht der Eindruck, dass man mit Kanonen auf Spatzen schießt“, so Harald Siepmann. Ein jährlicher „Schaden“ von 738.000 Euro ist ein Klacks gegenüber den Auswirkungen der Steuerhinterziehung, durch die Jahr für Jahr der Allgemeinheit wertvolle finanzielle Ressourcen in Milliardenhöhe entzogen werden. Nicht anfreunden kann sich DIE LINKE weiterhin damit, dass das Jobcenter öffentlich dazu aufruft, Verstöße zu melden. Wenn mehr als die Hälfte aller Anzeigen durch Bürger ungerechtfertigt ist, stellt sich die Frage, ob es notwendig ist, die Bevölkerung zu Hilfssheriffs zu machen.

Anja Linz